

- Flak-Einheiten. Fliegerabwehrkanonen haben auch heute noch eine Bedeutung für den Schutz der Truppen und von Objekten im Nahbereich. Diese Einheiten sind sehr mobil, verfügen über radar- und videogesteuerte Geschütze mit entsprechender Wirksamkeit.
- Funkmesstruppen (FuTT). Bei der Größe des chinesischen Territoriums ist es nicht möglich, ein geschlossenes Funkmessfeld über das ganze Land zu entfalten. Da fast 90 Prozent der Bevölkerung in dem ca. 800 km breiten Küstenstreifen leben, ist das auch nicht erforderlich. Die FuTT verfügen über Stationen unterschiedlicher Bestimmung und Reichweite. Mit ihnen können Luftziele in großen Entfernungen sowie in geringen und großen Höhen erfasst und verfolgt werden. Die Technik der FuTT fußt auf sowjetischen Stationen, wird aber heute fast ausschließlich in China produziert.

Die Personalstärke der LSK liegt bei 300 000 bis 330 000 (inkl. 40 000 strategische LSK, bei nur 15 000 Wehrpflichtigen)

Strategische Raketentruppen (auch 2. Artillerie genannt) Die SRT werden direkt von der Zentralen Militärkommission geführt. Zu ihrem Bestand gehören alle landgestützten nuklear bestückten Raketen strategischer und operativer Reichweite. Deren Reichweiten liegen zwischen 2 000 bis 12 000 km. Darunter gibt es operativ-taktische Raketen mit Reichweiten zwischen 300 und 2 400 km. (Die Marine und die LSK verfügen über see- bzw. luftgestützte Kernwaffeneinsatzmittel.) **Personalstärke der SRT:** 100 000.

Zu beachten sind auch die Erfolge Chinas in der Welt- raumforschung und beim Einsatz von Satelliten zur militärischen Aufklärung und Kommunikation. Sie gewährleisten, dass die Bewegung aller Flugzeugträgerverbände ununterbrochen verfolgt werden kann, um rechtzeitig darauf zu reagieren. Im Jahr 2012 hat die VRCh 18 Weltraumunternehmen durchgeführt, darunter einen bemannten Raumflug.

Zu den **Verteidigungsausgaben:** Der Anteil der chinesischen Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt lag in den letzten 10 Jahren stets zwischen 7 und 8 Prozent. Nach Angaben von SIPRI (Stockholmer internationales Friedensforschungsinstitut) betragen sie im Jahr 2 011 143 Mrd. Dollar.

Zum Vergleich die 10 größten Militärhaushalte:

- USA: 711 Mrd. \$
- VR China: 143
- Russland: 71,9
- GB: 62,7
- Frankreich: 62,5
- Japan: 59,3
- Indien: 48,9
- Saudi-Arabien: 48,5
- BRD: 46,7
- Brasilien: 35,4

Die Addition ergibt, dass die USA mit 711 Mrd. Dollar allein entschieden mehr ausgeben als die anderen neun Staaten zusammen (578,9 Mrd. \$). Die USA haben den Anspruch, innerhalb von 96 Stunden (vier Tagen) überall auf der Welt militärisch präsent zu sein. Die Frage ist nicht, ob sie das durchhalten, sondern wie lange noch?

Fazit

Die VR China hält, wie bisher, weiter daran fest, nicht als Erster Kernwaffen einzusetzen. Sie beteiligt sich nicht am Wettrüsten. China tut nur soviel wie nötig, um jeden potenziellen Gegner von einem Angriff abzuschrecken.

Das Verhältnis zu Russland ist für China eine strategische Partnerschaft von hohem Symbolgehalt. Beide Staaten haben ein enges politisches Zusammenwirken gegen die Hegemoniebestrebungen der USA entwickelt, verfolgen aber strikt auch eigene Interessen. Identische oder ähnliche Positionen vertreten sie zum Thema einer multipolaren Welt, der Achtung des Völkerrechts, der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Rüstungskontrolle, einer neuen Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum, dem Kampf gegen Terrorismus und Drogen.

Die Kooperation in der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOC) und der BRICS gestaltet sich zunehmend enger. Darin sehen beide wichtige Formate bei der Errichtung einer multipolaren Welt. In jüngster Zeit mehrten sich gemeinsame Übungen chinesischer und russischer Streitkräfte. Beispiele dafür sind eine gemeinsame Flottenübung im Nordpazifik im Juli 2013 und eine gemeinsame Antiterrorübung auf dem Truppenübungsplatz Tschebakul (Ural) vom 27.7 bis 15.8.2013.

Quellen:

- China - Fakten und Zahlen 2012, China Intercontinental Press.
- Chinas Landesverteidigung 2008, Presseamt der Staatsrats der VR China, Januar 2009.
- Rede des US-Präsidenten Barak Obama vor dem australischen Parlament am 17.11.2011.
- „Ein neuer Kalter Krieg in Asien? Obama bedroht China - Das Energie-Kalkül“ von Michael Klare, 2011.
- Truppendienst-Spezial 2/2011.
- Schweizer Soldat Nr. 01, Januar 2013.
- Zeitschrift für Innere Führung 4/2012, „Chinas Außenpolitik“ von Prof. Dr. B. Gareis.
- Helmut Ettinger „Zur Außenpolitik der VR China nach dem 18. Parteitag der KPCh“, (Vortrag vom 23.4.2013)
- Europäische Sicherheit und Technik, Juli 2013

Der Südsudankonflikt 2013/2014

Von Siegfried Schröder, Leiter des Büros Daressalam der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 22. Januar 2014

Am 15. Dezember 2013 brachen Unruhen in der südsudanesischen Präsidentengarde aus, bei denen Offiziere, die dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar nahestanden, getötet wurden. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, dass Machar einen Staatsstreich vorbereite, bzw. dieser kurz bevorstehe. Am nächsten Tag wurden in der Hauptstadt Juba Hunderte von Angehörigen der Ethnie der Nuer, darunter viele Zivilisten, von regierungstreuen uniformierten Kräften ermordet (Bericht des kenianischen Außenministeriums; Human Rights Watch). Außerdem wurden 11 Politiker durch Regierungstruppen festgenommen, die des versuchten Staatsstreichs bzw. seiner Vorbereitung angeklagt sind. Riek Machar konnte sich einer Festnahme entziehen.

In den Folgetagen kam es zu Ausschreitungen in anderen Städten des Landes. Bor, die Hauptstadt des Bundestaates Jonglei, sowie die Stadt Bentiu in der Provinz Unity wurden von Rebellen, meist desertierten Armeeeinheiten besetzt,



die sich als Unterstützer Machars auswiesen. Nach Bekanntwerden der ethnisch begründeten Massaker in Juba kam es in anderen Städten (Malakal, Bentiu, Bor) zu massenhaften Tötungen von Dinka-Angehörigen. Eine kurzfristige Eingrenzung der Gewalttätigkeiten, eine Einigung auf einen Waffenstillstand unter Vermittlung der Regionalorganisation IGAD¹ mit Unterstützung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen konnte bisher nicht erreicht werden. Fünf Wochen nach Ausbruch der Unruhen in Juba hat sich der Konflikt zu einem Krieg entwickelt, in dem schwere Waffen eingesetzt, Städte erobert und zurückerobert werden. Schon zu einem frühen Zeitpunkt ist auch Uganda, südlicher Nachbar des neuesten afrikanischen Staates, auf der Seite der Regierungstruppen in den militärischen Konflikt eingetreten. (div. Beiträge in Pambazuka Press 8.1.2014; The East African 18.1.2014)

Nach UN-Angaben hatten am 20. Januar bereits über 80 000 Flüchtlinge das Land verlassen, vor allem Richtung Uganda, Kenia, Sudan und Äthiopien. Die Zahl der internen Flüchtlinge wurde zu diesem Zeitpunkt mit 468 000 angegeben. Die Angaben über Kriegstote in den ersten fünf Wochen des bewaffneten Konflikts bewegen sich zwischen 1 000 und 10 000 Opfern. Es soll zu Massenerschießungen sich ergebender Regierungssoldaten, zu Folter und Vergewaltigungen sowie zu ethnisch begründeten Tötungen von Zivilisten gekommen sein. (IRIN 20.1.2014; The East African 18.1.2014).

Da die festgenommenen Politiker der Vorbereitung eines Staatsstreichs angeklagt werden sollen, werden sie von der Regierung nicht freigelassen. Sowohl die Vereinten Nationen als auch die USA bezeichnen sie dagegen als politische Gefangene und fordern ihre sofortige Freilassung. Die gleiche Forderung wurde bisher von Riek Machar als wichtigste Bedingung für die Einwilligung in einen Waffenstillstand erhoben. Dass es sich bei den oppositionellen Kräften aber nicht um einen geschlossenen Block handelt, wird auch bei dem Besuch der Kommissionsvorsitzenden der Afrikanischen Union, Nkozasana Dlamini-Zuma in Juba deutlich, die sowohl Präsident Salva Kiir als auch die festgenommenen Politiker traf. Es wurde anschließend bekannt, dass alle Gesprächsteilnehmer die bedingungslose Vereinbarung eines Waffenstillstands für die vordringlichste Aufgabe halten – selbst bei Fortdauer der Haft für die Oppositionspolitiker. Entgegen der Forderung Machars machten die Gefangenen selbst ihre Freilassung nicht zur Bedingung für eine Feuerruhe.

Fraglich ist in diesem Zusammenhang allerdings, wie die effektive Überwachung eines Waffenstillstands gewährleistet werden kann. Eingedenk der Tatsache, dass UNMISS² im bisherigen Verlauf des bewaffneten Konflikts ihren Auftrag, den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten, nicht ausführen konnte oder wollte, ist zu bezweifeln, dass die Sicherung eines Waffenstillstandsabkommens durch die Blauhelme gelingen kann. Eine angeforderte substantielle Aufstockung des UNMISS-Kontingents könnte hier Abhilfe schaffen, gilt aber als kurzfristig nicht umsetzbar. Aktuell ist UNMISS vor allem mit humanitären Aufgaben befasst, da Zehntausende interner Flüchtlinge in den UN-Camps Schutz suchen (The Guardian [Tansania] 13. und 23.1.2014; WHO Public Health News 2.1.2014).

Ein IGAD-Treffen in der südsudanesischen Hauptstadt Juba, das für den 23. Januar geplant war, ist kurzfristig abgesagt worden, der Krieg im Südsudan soll auf dem Gipfeltref-

fen der Afrikanischen Union am 30. und 31. Januar behandelt werden. Mittlerweile konnten die zwischenzeitlich von Rebellen besetzten Regionalhauptstädte Bentiu und Bor von Regierungstruppen mit Unterstützung ugandischer Einheiten zurückerobert werden.

Wie konnte es dazu kommen, dass sich der junge Staat Südsudan nur zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeit in einem Bürgerkrieg befindet? Welche aktuellen Entwicklungen und welches historische Vermächtnis haben zu dieser Zuspitzung innerstaatlicher Konflikte geführt? Welche Akteure sind mit welchen Interessen als Krisenbeschleuniger zu benennen? Welche Rolle spielen regionale und internationale Interessen? Welche Bedeutung ist dem immensen Ölvorkommen zuzuordnen?

Krisenhafte Zuspitzung im Jahr 2013

Aktuell hat sich im vergangenen Jahr eine machtpolitische Auseinandersetzung innerhalb der SPLM (Sudan People's Liberation Movement), der ehemaligen Befreiungsbewegung, die heute als Regierungspartei das politische Leben im Südsudan beherrscht, verschärft, so dass es in einer hochmilitarisierten Gesellschaft nur eines Funkens bedurfte, um Gewalt und Militär als vermeintliche Problemlösung einzusetzen: Präsident Salva Kiir hatte im Januar den im Bundesstaat Lakes State gewählten Gouverneur Chol Tong Mayay, einen Vertrauten des Vizepräsidenten Riek Machar, abgesetzt. Die direkt gewählten Gouverneure der Bundesstaaten können vom Präsidenten abgesetzt werden, wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist. Dieser Tatbestand wurde allerdings vom Vizepräsidenten, faktisch seit langem ein vehementer Widersacher Kiirs mit Ambitionen auf das Präsidentenamt, öffentlich angezweifelt. Daraufhin wurde das Aufgabenfeld Machars durch den Präsidenten massiv eingeschränkt, und im Juli 2013 wurde Machar zusammen mit dem ganzen Kabinett entlassen. Es gab den Kollektivvorwurf der Korruption, aber Beweise wurden anscheinend nie vorgelegt, entsprechende Gerichtsverfahren sind nie eröffnet worden. Die Vermutung liegt nahe, dass durch diesen Akt vor allem der Vizepräsident und politisch missliebige Minister kaltgestellt werden sollten. Zudem wurde im Juli ein weiterer Gouverneur, Taban Deng Gai vom Unity State, ohne Bekanntgabe von Gründen entlassen. Auch der Generalsekretär der SPLM, Pagan Amum, ein weiterer politischer Gegner Kiirs, musste seinen Hut nehmen. Es wird vermutet, dass diese Entlassungen auch mit dem Widerstand dieser Führungsmitglieder der SPLM gegen Kiirs Streben nach einer dritten Amtszeit zusammenhängen. Die nächsten Wahlen sind für 2015 geplant. (Sudan Tribune 7.7.2013)

Als Hintergrund sollte erwähnt werden, dass bei den Wahlen 2010 der Unmut in weiten Teilen der SPLM so groß war, dass allein in sechs Bundesstaaten Parteimitglieder gegen die von der Zentrale aufgestellten Gouverneurskandidaten antraten, z.T. diese Wahlen dann auch gewinnen konnten. Die Ergebnisse der damaligen Wahlen für das Präsidentenamt, das nationale Parlament, die Regionalparlamente der zehn Bundesstaaten und für die Besetzung der zehn Gouverneursposten galten auch über den Unabhängigkeitstag hinaus. Drei dieser damals schon politisch umkämpften Bundesstaaten – Unity, Jonglei und Upper Nile – stehen auch jetzt wieder im Zentrum der Auseinandersetzungen, wobei in Unity und Upper Nile die Ölvorkommen verortet sind und Jonglei seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts oft im



Zentrum interner Gewaltkonflikte im Südsudan gestanden hat. (Paula Christina Roque in HBS 2012)

Die Kritik am autokratischen Regierungsstil Kiirs sowie der ebenso autoritären Führung der SPLM, deren Vorsitzender er ist, wurde innerhalb der Partei und in der Zivilgesellschaft laut. Besonders Kiirs Weigerung, lokal gewählte VertreterInnen zu dem Treffen eines nationalen Entscheidungsgremiums der Partei („National Liberation Council“) zuzulassen und die Mitglieder stattdessen durch die SPLM-Führungselite zu bestimmen, führte zu umfassenden Vorwürfen. Riek Machar, trotz Verlusts des Vizepräsidentenamtes immer noch zweiter Mann der SPLM, und einige seiner Kollegen aus dem Kabinett warfen dem Präsidenten auf einer Pressekonferenz am 6. Dezember 2013 in Juba diktatorische Tendenzen vor. Insbesondere fände dies seinen Ausdruck bei der Besetzung von Regierungsposten, die nicht mehr in ausreichender Abstimmung mit den Gremien der Partei entschieden würden. Aber auch die Sitzung des National Liberation Council am 14. und 15. Dezember, an der anfangs noch viele der Kritiker des Präsidenten teilnahmen und auf der neue Parteistatuten diskutiert werden sollten, konnte die Krise nicht entschärfen (Sudan Tribune 16.12.2013). Kurz nach der Abschlussrede Kiirs wurde aus vorbeifahrenden Autos auf das Gebäude geschossen. Später kam es zu den bereits erwähnten Erschießungen in der Präsidentengarde und anderen Armeeeinheiten sowie dem Blutbad unter Nuer-Zivilisten (The East African 18.1.2014).

Der aktuelle Verlauf des Konflikts, die schnelle Bereitschaft von Armeeeinheiten und Milizen, zu den Waffen zu greifen und sich gegenseitig umzubringen, wird ohne einen Blick in die Geschichte nicht verständlich. Der Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens zwischen der Republik Sudan und der SPLM als Repräsentantin des südsudanesischen Landesteils im Januar 2005 folgte eine Übergangsphase, in der dem Südsudan ein autonomer Status mit eigener Regierung und Verwaltung sowie eigener Armee zugesprochen wurde, wenn auch immer noch unter dem Dach eines Einheitsstaates, dem Sudan. Am Ende dieser Übergangsphase fand im Januar 2011 eine Volksabstimmung über den zukünftigen Status des Südsudan statt, bei dem sich über 95 Prozent der südsudanesischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit entschieden, die dann im Juli 2011 offiziell erlangt wurde. Dieser Phase 2005 bis 2011 war ein lang anhaltender kriegerischer Konflikt zwischen der Befreiungsbewegung des Südsudan und der Zentralmacht in Karthum vorausgegangen.

Zwei lang anhaltende Bürgerkriege seit der Unabhängigkeit

In zwei Bürgerkriegen wurde um die Autonomie des Südsudans bzw. um die Errichtung eines demokratischen Gesamtsudans gefochten, in dem die Rechte der Südsudanesen mehr berücksichtigt werden sollten, als es je in der jüngsten Vergangenheit einschließlich der Kolonialzeit der Fall gewesen ist. Ein Jahr vor dem Ende der Kolonialzeit – Sudan erlangte seine Unabhängigkeit 1956 – brach im Südsudan ein Befreiungskampf aus („Anyanya“). Südsudanesischer Politiker sahen in den Vereinbarungen zwischen der britischen Kolonialmacht und den Politikern im Norden des Landes, die die Bedingungen für die Unabhängigkeit und die Gestalt des neuen, unabhängigen Sudan weitestgehend unter Ausschluss südsudanesischer Vertreter ausgehandelt hatten, eine Ga-

rantie für die weitere Unterdrückung des Südens. Im Addis Abeba-Abkommen von 1972, das den ersten Befreiungskrieg beendete, wurden dem Südsudan Autonomierechte zugesprochen, die in der Realität nie eingelöst worden sind. Gut 10 Jahre später, im Jahr 1983 wird der Autonomiestatus im Kontext der allumfassenden Zunahme von innerstaatlicher Unterdrückung durch die Regierung in Khartum widerrufen. Das führte zur Meuterei des Armeeeoffiziers John Garang und seiner Flucht nach Äthiopien. Ein erneuter bewaffneter Konflikt brach aus, als sich die nun von Garang gegründete SPLA (South Sudan People's Liberation Army) mit ihrem zivilen Arm, der SPLM, gegen die Regierung in Khartum stellte und für einen „neuen Sudan“ eintrat. In diesem sollten in einem föderalen Staat die Vielfältigkeit der Ethnien, Kulturen, Religionen, Wirtschaftsweisen und geschichtlichen Entwicklungen ihren Ausdruck in einem demokratischen und politisch dezentralisierten Staat finden. Eine Sezession des Südsudans war nie das primäre Ziel des Gründers der SPLA/M. Der zweite Befreiungskrieg sollte bis 2005 andauern.

Die Zentralregierung in Karthum ging gegen die Kämpfer der SPLA sowie Vertreter der SPLM genauso unerbittlich vor wie gegen andere Befreiungsbewegungen in Darfur, Kurdufan oder im Ostsudan. Zudem wurden mit einzelnen Rebellengruppen Bündnisse geschlossen, um eine Einheitsbewegung im Süden zu schwächen. Obwohl die SPLA/M, die mit Abstand stärkste Oppositions- und Widerstandskraft im Südsudan, immer wieder versuchte, möglichst viele Rebellengruppen zu vereinen oder zumindest in einem Bündnis zusammenzufassen, führte dies nicht zu einer wirklich flächendeckend wirksamen Einheitsfront. Meistens handelte es sich um mehr oder weniger kurzlebige Zweckbündnisse, wenn auch letztendlich durch das gemeinsame Interesse geeint, den Gegner in Karthum zu besiegen.

Der Südsudan hatte nie eine wirksame (Sub)Staatlichkeit, eine gemeinsame Identität oder gemeinsame politische Strukturen – die Einigkeit bestand in der Ablehnung der Unterdrückung durch den arabisch-muslimischen Norden. Parallel dazu gab es aber konkurrierende, Community-gebundene Gruppeninteressen, je nach regionalem, wirtschaftlichem und kulturell-ethnischem Hintergrund, die sich oftmals in Ressourcenkonflikten ausdrückten (Wasser, Land, Weiderechte, später die Ölvorkommen) und durch den Abwehrkampf gegen das Regime in Karthum nur überdeckt wurden. Eine fehlende positive Staatlichkeit, die auch für einen Interessenausgleich bei den um Ressourcen konkurrierenden Bevölkerungsgruppen sorgen könnte, hat es in der jüngsten Vergangenheit im Südsudan nicht gegeben. Konflikte wurden auf Community-Ebene oder zwischen verschiedenen Communities friedlich geschlichtet, mitunter auch mit Waffengewalt ausgefochten. Im Befreiungskrieg 1983 bis 2005 fanden auch diese Konflikte und Bearbeitungsmuster ihren Wiederhall in konkurrierenden Teilen der Bündnisse gegen die Zentralmacht, letztendlich sollte auch im Süden zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Aufteilung von Macht und anderen Ressourcen gesichert werden.

Dazu kam ein blutiger Machtkampf innerhalb der SPLM-Führung: Im Jahr 1991 versuchte Riek Machar den Führer der SPLA/M, John Garang zu entmachten. Als ihm dies nicht gelang, richtete er ein Blutbad unter der Dinka-Bevölkerung von Bor an und kooperierte fortan mit dem „Feind“ in Karthum.



2011: Die Unabhängigkeit

Als der Südsudan 2011 seine Unabhängigkeit errang, standen das neue Gemeinwesen sowie seine politischen und gesellschaftlichen Eliten vor der großen Aufgabe, auf der einen Seite einen funktionierenden Staat aufbauen zu müssen – mit entsprechenden Institutionen und Verfahren, der Erarbeitung einer permanenten Verfassung, der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen, dem Ausbau der physischen Infrastruktur und vor allem der Gewährung von Sicherheit und Frieden im Land. Auf der anderen Seite musste die weitaus schwierigere Aufgabe bewältigt werden, eine nationale Identität zu schaffen. Bei der Entwicklung einer solchen Identität musste die Überwindung von Ethnizität als bisher wichtigstem Identifikationsmuster große Priorität haben. Zudem mussten die politischen Machtauseinandersetzungen verschiedener am Unabhängigkeitskampf und Friedensprozess beteiligter politischer Fraktionen und bewaffneter Milizen in friedliche Aushandlungsverfahren kanalisiert werden, nationale Ressourcen mussten einer gerechten Verteilung zugeführt werden.

Zudem war die politische Führung mit einer sozial und wirtschaftlich wenig integrierten Gesellschaft als weiterer schwieriger Herausforderungen konfrontiert (Jok Madut Jok in HBS 2012³). Diese Meinung wird auch von der Friedensforscherin Sara Pantuliano vertreten, die sich seit langem intensiv mit dem Südsudan beschäftigt. Nach ihrer Meinung weisen die aktuellen gewaltförmigen Auseinandersetzungen darauf hin, dass die bisherigen Anstrengungen der südsudanesischen Regierung und der sie tragenden SPLM zusammen mit dem massiven Engagement der internationalen Gemeinschaft (USA, Norwegen, Niederlande, UK, UNDP und andere) noch nicht zu einem funktionierenden politischen Gemeinwesen geführt haben. Sowohl die militärische Wendung politischer Machtkämpfe als auch die Mobilisierung ethnisch definierter Gefolgschaft, vor allem, aber nicht nur bei den uniformierten Kräften, zeigen dieses überdeutlich. Hat sich die internationale Unterstützung seit 2005 stark auf Institutionenbildung und generelle Entwicklungsanstrengungen fokussiert, so ist offensichtlich der politische, kulturelle und soziale Prozess des nation building unter Einbeziehung von Versöhnungsmaßnahmen zwischen den seit Jahrzehnten verfeindeten Volksgruppen, bzw. ihren bewaffneten Sektionen, nicht substantiell vorangekommen.

Pantuliano und Jok nennen folgende Gründe als wichtige Hindernisse für die Sicherung einer friedlichen Entwicklung im Südsudan:

- die fehlende Demokratisierung von SPLM und staatlichen Institutionen, um politischen Machtauseinandersetzungen einen transparenten und geordneten Rahmen zu geben sowie politischen Entscheidungen mehr Legitimität zu sichern;
- die fehlende substantielle Integration diverser Milizen in die SPLA bei gleichzeitiger Entpolitisierung und umfassender Reform der Armee;
- eine unzureichende Sicherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, da noch immer nicht alle Milizen entwaffnet worden sind, zudem eine landesweite Verbreitung von Kleinwaffen bisher nicht wirksam eingedämmt worden ist;
- ein politisches Defizit bei der Isolierung von Antreibern von Gewalt
- das Fehlen einer positiven Strategie hinsichtlich der Viel-

fältigkeit der Kulturen und der gemeinsamen Geschichte im Widerstand gegen die Besatzer als wichtige Bausteine einer gemeinsamen Identität.

Neben umfassenden Versöhnungsmaßnahmen auf allen Ebenen, auch unter Einbeziehung einer lokal angepassten Wahrheits- und Versöhnungskommission, müsse absolute Gewaltfreiheit als wichtigste Bedingung in der Konfliktaustragung protegiert werden (Think Africa Press 13.1.2014; auch: Jok Madut Jok/Sudd Institute 2014⁴ und Maker Mayek Riak in Pambazuka Press 08.1.2014).

Ethnizität als Konfliktursache?

In ersten veröffentlichten Reaktionen auf den aktuellen Südsudan-Konflikt war vom Ausbruch ethnischer Rivalitäten zwischen den beiden größten Volksgruppen im Südsudan, den Dinka und den Nuer, die Rede. Wenn auch wahr ist, dass Präsident Salva Kiir ein Dinka ist und der ehemalige Vizepräsident Riek Machar der Volksgruppe der Nuer angehört, so wird bei genauerem Hinsehen sehr schnell deutlich, dass Ethnizität wohl politisch benutzt wird, dass aber die vielfältigen Ursachen des Konflikts vor allem mit Machtkämpfen innerhalb der politischen Elite (und der Armee) sowie einem verfehlten Prozess des nation building zusammenhängen. Weisen die brutalen Tötungen in den ersten Tagen des bewaffneten Konflikts auch auf die Ethnisierung der Auseinandersetzungen hin, so zeigt ein Blick auf die handelnden Personen und ihre politische Geschichte deutlich, dass Machtambitionen und Enttäuschungen bezüglich bestimmter Prozesse (neue Verfassung; Demokratisierung der SPLM; Integration und Reformierung der Armee) und die Erlangung bzw. Sicherung politischer Positionen (Entlassungen von Ministern und Gouverneuren, Ambitionen auf das Präsidentenamt beim ehemaligen Vizepräsidenten und ehemaligen Generalsekretär der SPLM) ein wesentlicher Motor der Rebellion sind. Kurz nach Ausbruch der Gewaltexzesse in der Nacht des 15. Dezember wurden 11 Politiker festgenommen. Dabei handelte es sich um sechs Dinka, zwei Nuer und drei Angehörige anderer Volksgruppen. In der Gruppe der kritischen Führungsmitglieder der SPLM, die am 6. Dezember in einer Pressekonferenz ihre Forderungen für mehr Demokratie und Transparenz in SPLM und Regierung der Öffentlichkeit vorstellten (s. o.) gehörte die Witwe des SPLM-Gründers John Garang, Rebecca Nyandeng de Mabior, die der Dinka-Ethnie angehört, neben Riek Machar zu den Wortführer/-innen. Zum Verhandlungsteam der Rebellen in Addis Abeba gehört Mabior Garang de Mabior, ein Sohn John Garangs und ebenfalls Dinka. (The East African 11.1.2014; IRIN 16.1.2014)

Ein Blick auf die (ehemaligen) Positionen einiger der o. g. Festgenommenen lässt vermuten, dass politische Enttäuschungen und nicht ethnische Zugehörigkeit eine treibende Kraft für Opposition und letztendlich auch militärischen Widerstand sind. Zu den Festgenommenen gehören: Deng Alor, ehemaliger Minister für Kabinettsangelegenheiten; Pagan Amum, ehemaliger Generalsekretär der SPLM; Cirino Iteng, ehemaliger Kultusminister; Madut Biar Yel, ehemaliger Postminister; Oyai Deng Ajak, ehemaliger Minister für Staatssicherheit; Majak D'Agoot, ehemaliger Verteidigungsminister; Chol Tong Mayay, ehemaliger Gouverneur des Lake State; Ezekiel Gatkuoth Lul, ehemaliger Botschafter in den USA; John Luk Jok, ehemaliger Justizminister. Riek Machar konnte sich der Festnahme entziehen. Die genannten Politiker gehö-



ren diversen Ethnien an, nur eine Minderheit sind Nuer, viele dagegen Dinka (The East African 18.1.2014). Diese Beispiele zeigen, dass das Rekurrenieren auf Ethnizität als Konfliktursache wohl gängige Afrikabilder bedienen mag, für die Ursachenforschung der Auseinandersetzungen im Südsudan aber wenig hilfreich ist.

Das Öl

Natürlich spielen die immensen Ölvorkommen im Südsudan auch politisch eine zentrale Rolle, da die Kontrolle über die Ölproduktion die Kontrolle über das Land bedeutet – vorausgesetzt einige wichtige Akteure außerhalb der Landesgrenzen kooperieren. Der Südsudan ist bei der Finanzierung vieler öffentlicher Bereiche (bspw. Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Infrastruktur) von internationalen Entwicklungsgeldern abhängig. Der Staat wäre allerdings finanziell noch weniger lebensfähig, wenn die Einnahmen aus der Ölproduktion nicht in den Staatshaushalt fließen würden. Der Südsudan verfügt nach Angola und Nigeria über die drittgrößten Ölvorkommen im subsaharischen Afrika. Die Einnahmen aus diesem Sektor machen über 90 Prozent der Staatseinnahmen aus. Bisher wurden diese Staatseinnahmen zu mehr als 50 Prozent für die Bezahlung einer aufgeblähten Armee mit 200 000 Mann verwandt, einer Armee – immer noch unter dem Namen SPLA – die vor allem als internes (anscheinend unzureichendes) „Befriedungsinstrument“ diente: Viele Rebellengruppen wurden (auch noch nach der Unabhängigkeit) aufgenommen, die Mannschaften mit Sold und die Chefs mit gut bezahlten Kommandoposten versehen. Im Ölsektor werden 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, gleichzeitig sichert das südsudanesisches Öl auch 10 Prozent der Staatseinnahmen der Republik Sudan im Norden, da das Öl aus dem Süden in einer Pipeline durch den Sudan zum Hafen Port Sudan transportiert werden muss. Die entsprechenden Gebühren fließen der Regierung in Karthum zu. Trotz vieler Auseinandersetzungen mit dem neuen Staat Südsudan – der aktuell bisher nicht relevante Abyei-Konflikt wird hier vorerst nicht behandelt – ist Karthum schon aus wirtschaftlichen Gründen an einem möglichst konfliktfreien Umgang mit den Ölquellen im Südsudan gelegen. Aktuell ist in großen Teilen der Ölförderanlagen die Produktion ausgesetzt, eine große Anzahl ausländischen Fachpersonals, vor allem aus China, wurde evakuiert, da viele Kämpfe in den Ölprovinzen Unity und Upper Nile stattfinden bzw. diese Bundesstaaten mit dem „nationalen Schatz“ Angriffsziele der Rebellen sind. Schon kurz nach Beginn der Rebellion hatte sich der lokale Armeeführer James Koang Chuol (wie bereits erwähnt) mit seinen Truppen Riek Machar unterstellt und Bentiu, die Hauptstadt des Bundesstaates Unity unter seine Kontrolle gebracht sowie den Gouverneur Joseph Nguen Monyuel abgesetzt. Inzwischen (22.01.2014) soll Bentiu genauso wie die beiden anderen, zwischenzeitlich von Rebellen besetzten Regionalhauptstädte Bor und Malakal von Regierungstruppen zurückerobert worden sein (The Guardian [Tansania] 22. und 23.1.2014).

Wenn auch China, das in vielen Projekten der Ressourcenausbeutung und Infrastrukturentwicklung in afrikanischen Ländern engagiert ist, prinzipiell eine strikte Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der Gastländer verfolgt, so müssen in diesem Fall die Gefahren für die eigenen Interessen als so groß eingestuft worden sein, dass die chinesische Regierung von ihrem Prinzip abwich

und ihre Vermittlungsdienste zur Beendigung des kriegerischen Konflikts anbot (The Citizen [Tansania] 15.1.2014).

Auch wenn große Mengen förderfähiges Öl im Südsudan exploriert worden sind, gehen Investitionen in diesem Bereich aufgrund der schon bisher schwer einschätzbaren Sicherheitslage zurück, der aktuelle Konflikt könnte diese Tendenz verstärken und damit Südsudans wesentliche Lebensader verletzen. Neben den Toten, Verletzten und Vertriebenen, deren Anzahl mit jedem weiteren Tag des kriegerischen Konflikts zunimmt, besteht zudem die Gefahr, dass der Kampf um die Kontrolle der Ölquellen letztendlich zum Nachteil des Landes insgesamt führt: Internationale Ölgesellschaften – egal aus welcher Hemisphäre kommend – werden ihr Engagement im Südsudan zurückfahren, um Investitionen nicht zukünftigen Konflikten auszusetzen. Die Fortsetzung der Ölproduktion aus eigener Kraft dürfte dem Südsudan noch lange Zeit versagt bleiben. Insofern sollte auch das Interesse an der Nutzung von Öleinnahmen und die damit verbundene Sicherheit auf den Ölfeldern die Kontrahenten so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch bringen. Nur eine gesicherte Ölförderung kann bis auf weiteres für eine ausreichende Ausstattung des Staatshaushalts und damit auch für ausreichende Mittel zur Herstellung von Legitimität (via staatlicher Leistungen) jeder zukünftigen Regierung sorgen. (African Arguments 13.1.2014)

Regionale Interessen

Der Befreiungskampf Südsudans wurde von Ländern Ostafrikas und des Horns von Afrika mit unterschiedlicher Intensität unterstützt. Bei den Friedensverhandlungen ab Beginn des neuen Jahrtausends spielten sowohl die regionale Staatengemeinschaft IGAD als auch einzelne Staaten wie Uganda und Kenia immer eine wichtige Rolle. Südsudan gehört der IGAD an und befindet sich im Aufnahmeverfahren zur EAC.⁵

Uganda hat als enger Verbündeter des Südsudans mit großen wirtschaftlichen Interessen im Land und in steter Konkurrenz zu Kenia bezüglich der regionalen Führung in Ostafrika schon zu einem frühen Zeitpunkt (zusätzliche) Truppen in den Südsudan entsandt, vorgeblich, um ugandische Staatsangehörige zu schützen und ihre sichere Rückführung nach Uganda zu gewährleisten. Faktisch ist die Intervention Ugandas aber eine militärische Unterstützung von Präsident Kiir, sowohl der Präsidentensitz als auch der Flughafen der Hauptstadt stehen unter dem Schutz ugandischer Truppen, ebenso nehmen ugandische Truppen inzwischen an Kämpfen zwischen den beiden militärischen Kontrahenten im Südsudan teil. Die Kritik von Oppositionspolitikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Uganda und der weiteren Region, z. T. auch auf Regierungsseite, richtet sich vor allem auf den politischen Flurschaden, den Museveni durch seinen Alleingang angerichtet hat. Da Uganda gleichzeitig auch Mitglied der IGAD ist, wird dieses Vorpreschen als Schwächung der Regionalorganisation angesehen, die in Addis Abeba versucht, mit den Konfliktparteien einen Waffenstillstand und die weiteren Schritte zu Befriedung des Landes zu verhandeln (UN Integrated Regional Information System IRIN, 20.1.2014).

Kenia hat umfangreiche wirtschaftliche Interessen (Banken, Infrastruktur, Öl-Pipeline nach Lamu) im Südsudan, verfolgt aber grundsätzlich eine Politik der militärischen Nichteinmischung. Als Ende 2011 vermeintliche Übergriffe der Al Shabaab-Milizen, die den Süden Somalias besetzt hielten,



nach Kenia Überhandnahmen und die UN/AU-Mission in Somalia den militärischen und terroristischen Aktivitäten der Al Shabaab keinen Einhalt gebieten konnten, marschierten kenianische Truppen in Südsomalia ein. Inzwischen bildet das kenianische Militärkontingent in Somalia einen Teil der UN/AU-Mission. Allerdings hat der Überfall auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi im Herbst 2013, das der Al Shabaab zur Last gelegt wird, sowie weitere anscheinend politisch motivierte Anschläge Kenia in seiner bis 2011 praktizierten Politik der militärischen Zurückhaltung bestätigt, eine Haltung, die auch aktuell bei den Verhandlungen der IGAD in Addis Abeba beibehalten wird.

Auch Äthiopien als drittes ‚Powerhouse‘ in der IGAD zeigt sich bisher sehr zurückhalternd bezüglich eines militärischen Eingreifens eingedenk diverser militärischer Interventionen in der jüngsten Vergangenheit. Und in diesem Fall stehen auch (noch?) nicht die USA bereit, um finanzielle und Ausrüstungsbeihilfe zu leisten, da sich der Südsudankonflikt offensichtlich nicht für eine Eingliederung in den „Krieg gegen den islamistischen Terror“ eignet.

Der Sudan hat sich bisher neutral verhalten. In Einschätzungen der Rolle des nördlichen Nachbarn Südsudans werden für diese Position vor allem folgende Gründe angegeben: Zum einen will der Sudan nach den lang anhaltenden Auseinandersetzungen in den Jahren 2011 bis 2013 um die Öl-Enklave Abyei – nördlich der historischen Grenze zum Südsudan gelegen, aber dennoch von diesem als zum eigenen Staatsgebiet zugehörig beansprucht – keine erneuten Probleme mit der Ölförderung im Süden haben, da selbst von der Ölförderung abhängig. Zum anderen hat der Sudan ein sehr großes Interesse, seinen Paria-Status zu verlieren und so schnell wie möglich von der US-amerikanischen Liste der „Schurkenstaaten“ zu verschwinden – mit entsprechenden wirtschaftlichen Vorteilen und politischer Aufwertung. Eine Einmischung in einen bewaffneten Konflikt, bei dem die internationalen Interessenlagen bisher nicht eindeutig zu identifizieren sind, kann da nur schaden. Gerüchte, nach denen Riek Machar wie bereits in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, um Unterstützung aus Karthum nachsucht, konnten bisher nicht mit Fakten unterlegt werden.

Internationale Interessen

Abgesehen von den bereits erwähnten UNMISS-Aktivitäten und dem ungewöhnlichen Vermittlungsangebot Chinas zeichnet sich der bisherige Verlauf des Konflikts durch ein geringes (zumindest öffentlich sichtbares) Engagement internationaler einzelstaatlicher Akteure aus, vergleicht man den Verlauf mit der Entwicklung in Mali oder der Zentralafrikanischen Republik. Politisch war es für die USA und andere wichtig, mit der Etablierung der Staatlichkeit des Südsudans ein Gegengewicht zum islamischen Norden zu schaffen. Wirtschaftlich hat durch das überwältigende Engagement asiatischer Staaten im Ölsektor Südsudans der „Westen“ nicht mehr viel zu gewinnen, zumal sich in der Region sicherere Investitions- und Ausbeutungsmöglichkeiten im Rohstoffsektor in anderen Ländern anbieten (Uganda, Tansania, Kenia). Auch wenn den USA mitunter eine Nähe zu der Machar-Fraktion nachgesagt werden, lässt sich dieses bisher anhand konkreter Aktivitäten im Konfliktverlauf nicht bestätigen. Da andererseits Uganda ein „Waffenpartner“ der USA ist⁶ und der Eintritt ugandischen Militärs in den Krieg auf Seiten der Regierungsarmee kaum ohne Wissen der USA

vonstattengehen konnte, scheinen diese Gerüchte nicht substantiell zu sein.

Internationale Aktivitäten, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, beziehen sich hauptsächlich auf die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen, die nach Aussagen von Beobachtern in vielen Fällen von beiden Konfliktparteien begangen worden sind (IRIN 23.1.2014). Eine große Herausforderung stellt die Versorgung der Flüchtlinge dar. Organisationen der humanitären Hilfe können wegen der andauernden Kampfhandlungen viele Orte nicht erreichen. Zum anderen werden von UN und AU regionale Vermittlungsinitiativen, vor allem im Rahmen der IGAD unterstützt.

Schlussbemerkung

Alle internationalen und regionalen Anstrengungen müssen aktuell auf die Vereinbarung einer sofortigen bedingungslosen Feuerpause ausgerichtet sein. Auf die Probleme, die ggf. bei der Überwachung eines Waffenstillstands auftreten können, ist bereits hingewiesen worden. Sollte ein entsprechender Blauhelmeinsatz als richtig erachtet werden, müsste das Mandat entsprechend verdeutlicht und die Mission mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, die Zustimmung der Konfliktparteien vorausgesetzt.

Für die Zeit nach einem Waffenstillstand gibt es eine Fülle von Vorschlägen, wie politische und institutionelle Defizite angegangen werden können. Einige sind bereits erwähnt worden. Auf andere ist zurückzukommen, wenn sich die Chancen für eine friedliche Entwicklung des Landes verbessert haben. Neben der Einwilligung in einen Waffenstillstand auf der politischen Ebene müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um der humanitären Katastrophe Einhalt zu gebieten.

Anmerkungen

- 1 IGAD: Inter-Governmental Authority on Development mit den Mitgliedern Djibouti, Eritrea, Äthiopien, Somalia, Sudan, Südsudan, Uganda und Kenia
- 2 UNMISS: United Nations Mission in the Republic of South Sudan
- 3 HBS 2012: Heinrich-Böll-Stiftung: Der Sudan nach der Teilung
- 4 SUDD Institute 2014 (Juba): South Sudan and the Prospects for Peace Amidst Violent Political Wrangling
- 5 EAC: East African Community mit den Mitgliedern Burundi, Kenia, Ruanda, Tansania und Uganda
- 6 US-Militärhilfe wird u. a. für die Verfolgung der Lord's Resistance Army (LRA) unter Führung von Joseph Kony eingesetzt, der wiederum von Riek Machar unterstützt worden sein soll.

